

# Polizeimaßnahmen halten uns nicht auf

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

In 15 überfüllten Versammlungen und Massenkundgebungen eröffnete gestern Abend die Berliner Parteioffensive den Kampf für den Sieg der VIII. In allen großen Sälen Berlins sprachen die Redner zu den von revolutionärem Kampfegeist und Siegesgewissheit erfüllten Massen. Mit brausendem Jubel wurden die Kampfparolen der KPD aufgenommen. In den Versammlungen beteiligten sich zahlreiche sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiter.

Nach gestern wieder wurde eine dieser Wahlversammlungen der Kommunistischen Partei von der Polizei aufgelöst. Als Grund zur Auflösung gab die Polizei an, daß der Redner eine nicht vorhandene Kriegsgelahr behalte. Das ist in wenigen Tagen der dritte Fall, wo die Polizei gegen unseren Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg vorgeht.

Im Zentrum Berlins kam es zu erneuten großen Arbeiterdemonstrationen. Die Polizei räumte die Straßen mit dem Gasmaskenapparat und verhaftete eine Person.

## „Ruhr-Echo“ verboten!

Arbeiter, verleiht nicht gute Presse!

Essen, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Heute Nacht gegen 1 Uhr erschien in der Druckerei des „Ruhr-Echo“ ein Schuppenmando und unterlegte den Druck der Zeitung. Während der ganzen Nacht wurde das Haus mit Schuppen besetzt.

Im Laufe des heutigen Vormittags wurde ein Verbot des „Ruhr-Echo“ auf 14 Tage ausgesprochen. Ausgesprochen ist das Verbot nicht auf Grund der Preisenotverordnung, sondern auf Grund des Republikverstoßgesetzes.

# Reformistische Streifbrecher am Wert

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie hat den ausweichenden Streik der Berliner Eisenarbeiter abgelehrt. Nach dem gestern vormittag der Schlichtungsausschuss einen Vergleichsvorschlag mit zahlreichen Beschränkungen für die Eisenarbeiter gemacht hatte, lehnte sich die Gewerkschaftsbürokratie in der Vollversammlung der Streikenden für Annahme dieses „Vergleichs“ ein.

Mit 200 gegen 100 Stimmen wurde schließlich der Vergleich angenommen. Entgegen allen irreführenden Meldungen der reformistischen Streikführer teilen die Eisenarbeiter mit, daß die Streikenden revolutionäre Kollegen zu erwarten sind.

## Unter Führung des roten Verbandes

Fremden, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Die Stimmwähler des Wertbühnengebietes sind gestern in den Streik getreten, der unter Führung des roten Einheitsverbandes und der KPD geht. Zahlreiche Schlichtungsversuche haben eigene Kompromittierungen gebildet, ein zentraler Kampfausschuss wurde gebildet.

Im Innern des Wertes finden unter einer längeren Weidung über den Kampf der fremden Arbeiter in Lönngen, den die Reformisten mit allem Klammern des Streikbruchs abzumirren versuchten. Trotz aller Maßnahmen der Bürokratie geht jedoch der Kampf mit unverminderter Schärfe weiter. Er wurde nicht abgebrochen, wie wir gestern irrtümlich meldeten.

oder abzulernen und machen dadurch die Bahn frei für die sozialistische Diktatur.

Die Beratungen und Beschlüsse der XII. Plenums beschäftigen sich mit der Richtlinie der Orientierung unserer Partei in ihrer kürzlich prinzipiellen Kampfschritt gegen die Sozialdemokratie, gegen alle Versuche die Strategie unseres Kampfes um die eigene Klasse abzuweichen.

In der politischen Resolution des 12. Plenums heißt es: „Aus wenn der Hauptgegner der Sozialdemokratie, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie gerichtet wird, dann man den Hauptkern des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen.“

Das 12. Plenum beschäftigte sich mit den Auffassungen und dem Verhalten einiger Genossen der KPD, die von der Partei nicht abwichen. Bei der Behandlung dieser Fragen unterhielt das Plenum die Wichtigkeit der Politik des Zentralkomitees unter Führung des Genossen Thälmann und beurteilte scharf alle Abweichungen von der Parteilinie und sprach die höchste Unterstützung der Parteiführung in ihrem bolschewistischen Kampf für die Durchführung der Generalinitiative der Kommunisten im Kampf gegen alle Versuche ihrer Entfremdung aus.

Das Ende der kapitalistischen Stabilisierung hat das Verhältnis zwischen den objektiven Möglichkeiten, die die Situation für den revolutionären Kampf bietet, und den tatsächlichen Stand der revolutionären Bewegung noch vergrößert. Dieses Verhältnis ist in Deutschland mit dem hohen Grad der Zulassung des Klassenkampfes und der Verschärfung aller inneren und äußeren Gegenstände besonders groß. Das 12. Plenum verpflichtet die Partei, mit der größten Energie an die Befreiung der Schere zwischen den gefassten Beschlüssen und ihrer Durchführung heranzugehen.

Die Hemmnisse, die der Organisation und Entfaltung der Wirtschaftskämpfe entgegenstehen, müssen von uns aufs schärfste bekämpft und die ganze Partei gegen vorhandene Stimmungen der opportunistischen Scheinrevolutionären Unterwürfung und Ablehnung von Wirtschaftskämpfen und Teilkämpfen überhaupt mobilisiert werden. Die gesamte Partei und alle revolutionären Massenorganisationen müssen in kürzester Zeit zum vollen Bewußtsein über die entscheidende Bedeutung der inneren Steigerung der Teilkämpfe und Einzelkämpfe für die entscheidenden Wirtschaftskämpfe erregt werden.

Die Partei hat die Pflicht, unter Verhinderung aller Kampferfahrungen und der schöpferischen Kraft und Initiative der Massen heute andere Kampfpläne zur Heranziehung der Massen an wirtschaftliche und politische Massenkämpfe aufzufinden und anzuwenden.

Die Ereignisse des 20. Juli, deren große Bedeutung auf dem 12. Plenum ausführlich behandelt wurde, sind für die Partei eine ernste Warnung und große Lehre für Gegenwart und Zukunft.

Die Partei hat die Pflicht und die Pflicht, die Vornehmung der Bourgeoisie, die bis zur Einsetzung der Vornehmung und zur Durchführung des Staatsreiches in Preußen führten, durchzuführen einzuschlagen. Die Partei hat auch die richtige Lösung des Generalstreiks gegen den sozialistischen Staatstreik herausgefunden.

Aber es geht nicht in der Arbeit der Partei vor allem

Nachdem jetzt mit einseitiger Unterbrechung die KPD (von fünf Wochen lang unterbrochen ist, erfolgt jetzt die Vorbereitung der Parteiverammlung, ein vierwöchiger Verbot der Parteiverammlung ist für das Ruhrgebiet. Der Verbot der Parteiverammlung ist für das Ruhrgebiet. Der Verbot der Parteiverammlung ist für das Ruhrgebiet. Der Verbot der Parteiverammlung ist für das Ruhrgebiet.

## Blutige Razzie

Braunschweig, 15. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nacht zum 13. Oktober wurde an der Straße von Gremlingen der Handlungsgehilfe Willi Kamp aus Salzgitter mit 5 Schußverletzungen tot aufgefunden. Nach Mitteilungen von Einwohnern des Ortes ist kurz vor der Tat ein Auto mit mehreren Insassen und geladener Kanone durch das Dorf gefahren. Die Polizei stellte auf Grund ihrer Ermittlungen fest, daß Kamp aus dem fahrenden Auto geworfen und dann erschossen wurde.

Kamp war aktives Mitglied der Braunschweiger KPD und wohnte im E-Sheim in Braunschweig. Von dieser Organisation wurden in den letzten Wochen zahlreiche Bombenattentate organisiert, von denen auch Kamp wußte. Aufgehoben wurde ihm nicht mehr und hat jetzt durch diesen bestialischen Treiben den unheimlichen Mord erlitten.

Einer der Mörder wird bereits in der Öffentlichkeit genannt. Auch die anderen Täter sind der Polizei bekannt. Es hat sich noch niemand.

## Streik in der Kartonagenfabrik Ruch

Der Streik der Belegschaft der Kartonagenfabrik Ruch geht weiter. Seitern wurde der Streik ausgedehnt. Die 450 Arbeiterinnen markierten in geschlossenem Zuge in Bitterfeld den Betrieb und verließen ihn in derselben geschlossenheit. In Ermangelung streikender Arbeiter wurde gemeinsam mit den Belegschaftsangehörigen Streikposten. Die Gewerkschaftsführer, die früher nicht genug über die angeblichen „Vorteile“ der Streikführer konnten, haben erkannt, daß die Streikenden im Ruchhaus formlos Mittagsessen erhalten. Wie wir erfahren, in einigen Betrieben eine Sammelaktion für die streikende Belegschaft eingeleitet worden.

Der Schlichter hat bei den Verhandlungen über den Streik in der Kartonagenfabrik Ruch einen Kompromißvorschlag gemacht, der einen Lohnabbau von 25 Prozent für die 31. bis 30. Stunde vorsieht, statt 30 Prozent, wie die Firma überste. In der heute vormittag stattgefundenen Streikerversammlung wurde dieser Vorschlag einstimmig abgelehnt.

Der Gewerkschaftsbürokrat Scheibe sagte es bei der letzten Kampfsitzung der Belegschaft nicht, offen für die Übernahme des Schlichterentschlusses einzutreten. Er sprach von „ungetriebener Notlage“ und empfahl, sich vorzucken.

Es sei doch vor allem noch unklar, ob die Neueinstellung der Belegschaft eine Selbstbestätigung oder einen weiteren Schritt in die Richtung der Belegschaft ließe sich durch diese Belegschaft nicht verwirklichen, das beweist ihr einstimmiger Beschluß.

in Berlin, dem Schauplatz des Staatsstreiches, eine ausreichende unmittelbare Bereitschaft an den Beratungen der Partei in der praktischen Durchführung der vom Zentralkomitee gegebenen Richtlinien.

Das sind Tatsachen, die die Partei verpflichten, auf der Grundlage der Beratungen und Beschlüsse des 12. Plenums für die weitere Fortführung der Revolution, die die Partei in der Zukunft besser gewappnet zu sein. Entscheidend ist dabei, daß die Verantwortung der Partei in den Betrieben und Gewerkschaften verlagert wird, daß neue Methoden der Arbeiterarbeit angewandt, die Initiative der einzelnen Einheiten gewahrt und gesteigert wird.

Gegenüber den gefestigten Wandern der Sozialdemokratie und der reformistischen Demagogie der Hitlerfalschheit und der Partei unter Ausnutzung aller, auch der geringsten Anlässe unter den breiteren Schichten verstanden, Kampfe zu führen und allerhöchste Initiative beweisen, um diese Kampfe mit der Waffe des Streiks auszuwetzen zu Wallenkämpfe.

Die Partei muß sich in dieser Arbeit führen auf die Lehren der internationalen Erfahrungen (Polen, Tschechoslowakei, Polen usw.), um schneller zu lernen, Teilkämpfe zu organisieren und mit ihrer Hilfe die Massen auf eine höhere Ebene des Kampfes zu heben und die Voraussetzungen für die Entfaltung politischer Massenkämpfe bis zum Generalstreik zu schaffen.

Das Ende der kapitalistischen Stabilisierung bietet neue Möglichkeiten für die Entfaltung wirtschaftlicher Kämpfe. Das Ende der sozialen Reformen bedeutet den gesteigerten Angriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie will die Arbeiter um unmittelbaren Kampf gegen die weitere Verschlechterung des Lebensstandards der Massen durch Vertiefung auf den Tag der Entscheidungskämpfe, auf Kampfmomente usw. abhalten.

Die Partei aber muß den praktischen Tageskampf der breiten Massen organisieren in dem Bewußtsein, daß ohne Organisation und breiter Entfaltung der Wirtschaftskämpfe, in denen auch die „rückständigen“ Schichten lernen, ihre Kampfkraft zu steigern, um die Arbeiter- und Bauernrepublik zu erringen.

Das deutsche Proletariat wurde nicht befreit. Die weitere Entwicklung der Dinge in Deutschland hängt ab von der Entfaltung der Wirtschaftskämpfe und von vielen inneren und äußeren Bedingungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens. Aber entscheidend für den Gang der weiteren Entwicklung ist die Initiative der Arbeiterklasse, die Entfaltung der Wirtschaftskämpfe unter Führung der Kommunistischen Partei. Entscheidend ist, ob es gelingt, die antifaschistische Front zu erweitern im Sinne unserer Einheitsfrontstrategie, ob es gelingt, unter wirksamen Lösungen der breiteren Massen gegen die Vornehmung der Regierung zu organisieren, die Entfaltung und Vertiefung der sozialistischen Diktatur durch die Entfaltung des proletarischen Wirtschaftskampfes zu gewährleisten.

Die deutsche und die internationale Bourgeoisie weiß, daß die Entfaltung in dem Weltkampf der revolutionären Kräfte und der sozialistischen Konturrevolution in Deutschland, wobei die Bedingungen für den revolutionären Faktor in letzter Zeit günstiger zu werden beginnen, von entscheidender Bedeutung ist für das Schicksal der Bourgeoisie, für das Schicksal der Befreiung der Arbeiterklasse in ganz Westeuropa und in der ganzen Welt.

B1